

Beschluss der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern

im Rahmen der Sprechertagung
vom 21. bis 22. Juni 2020 in Düsseldorf

Umsetzung für das Maßnahmenpaket des Bundes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Prozesse beschleunigen und vereinfachen – schneller Infrastruktur und Wohnraum schaffen

Die Bundesregierung hat zur der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie ein umfangreiches Investitions- und Maßnahmenpaket beschlossen. Die Maßnahmen werden durch Initiativen und Fördermittel der Länder ergänzt. Um die bereitgestellten Mittel möglichst schnell in den Wirtschaftskreislauf bringen zu können, müssen formale Hürden beseitigt und Fesseln abgelegt werden. Entsprechende Anpassungen im Planungs-, Bau-, Vergabe- und Wettbewerbsrecht sind notwendig. Hierzu beschließen die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen folgende Forderung:

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen Deutschlands setzen sich für eine weitere Modernisierung des Planungs- und Baurechts ein. Die im Februar 2020 vom Bundesrat verabschiedeten Gesetze zu Planungsbeschleunigung sind als Teil des Koalitionsvertrages der Bundesregierung ein Schritt in die richtige Richtung. Das Investitionsbeschleunigungsgesetz muss schnellstmöglich folgen. Wir werden uns darüber hinaus über die Länder auf Bundesebene weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass in Deutschland schneller geplant und gebaut werden kann – sowohl bei Infrastrukturprojekten als auch bei der Schaffung von Wohnraum. Dafür unterstützen wir auch ausdrücklich die Empfehlungen der Baulandkommission.

Ferner wollen wir eine Überprüfung des Verbandsklagerechts und die Wiedereinführung des Fristablaufs (Präklusion) auf EU-Ebene anstoßen. Zur Beschleunigung größerer Infrastrukturvorhaben soll die Verkürzung des Instanzenzuges wieder eingeführt werden. Bund und Länder sollen zudem die Einführung der digitalen Planungsmethode Building Information Modeling (BIM) für Verkehrsinfrastruktur aktiv begleiten und notwendige Vorbereitungen einleiten.

Zukunftsfähige Rechtsgrundlagen für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sind essentiell für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land. Hierzu zählen auch Vergabeverfahren im Unter- und Oberschwellenbereich. Der Bund wird gebeten, sich für Erleichterungen im Bereich der Oberschwellenvergabe bei der EU einzusetzen. Die Länder werden aufgefordert, entsprechende Anpassungen im Bereich der Unterschwellenvergabe vorzunehmen. Ohne sie besteht die Gefahr, dass Regionen strukturell abgehängt werden und Deutschland seinen Wettbewerbsvorteil in Europa und der Welt zunehmend verliert.

Begründung:

Jahrelange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Instanzenwege sind nicht mehr zeitgemäß. Sie behindern Gesellschaft und Wirtschaft in ihrer Entwicklung. Die lange Dauer bis zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten resultiert einerseits aus umfangreichen und komplexen Planverfahren, die regelmäßig einen hohen Abstimmungsaufwand innerhalb der Verwaltung und mit externen Stellen erfordern. Zum anderen kommt es seitens der Umweltverbände vermehrt zu Klageverfahren gegen die Feststellungsbeschlüsse von Planungsvorhaben. Diese weisen vor den Verwaltungsgerichten meist eine unkalkulierbare Dauer auf und verzögern die Umsetzung des geplanten Projekts somit auf erhebliche Weise.

Ein wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbartes umfassendes Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz für die Bereiche Verkehr, Infrastruktur, und Wohnen kann hier zu deutlich mehr Dynamik und weniger Bürokratie führen.

Die Corona-Krise beschleunigt nicht nur bereits begonnene Transformationsprozesse. Sie eröffnet auch die Chance, kleinteilige Diskussionen der Vergangenheit hinter sich zu lassen und sie kann einen Schub für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes bedeuten. Die Bundesregierung unter Führung von CDU und CSU hat eine Vielzahl von Maßnahmen angekündigt, mit denen unser Land schnell und stark in die Post-Corona-Ära eintreten kann. Diese Impulse wollen wir aufgreifen, verstärken und für die Zukunft nutzbar machen.